

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quist
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 8.— Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Gegen Gewaltherrschaft!

Für Demokratie im Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Unter dieser Überschrift haben wir in voriger Nummer bereits kurz auf das von der Berliner Ortsverwaltung herausgegebene Flugblatt geantwortet. Heute sei nachgeholt, was wir wegen Raummangels unterlassen mußten. Womöglich eine persönliche Bemerkung:

Dem Vorstandsmitglied Reichel wird in dem Flugblatt nachgesagt, daß er sich vermaß, die Schuld an den Unruhen den Unabhängigen und Kommunisten zuzuschreiben. Demgegenüber stellen wir fest, daß die Mitglieder des Vorstandes nur ihre Pflicht erfüllten, wenn sie auf die schweren Gefahren hinwiesen, die dem Verband durch die unverantwortlichen Hezereien drohen, und wenn sie zur Vermeidung dieser Gefahren dringend zur Umkehr mahnten. Genügt hat die Mahnung leider nichts. Ruch und Lofst sind nach wie vor in dem Wahn befangen, die Krankheit unserer Zeit durch die Diktatur, genau so, wie es das alte gestürzte System getan hat, und mit einigen Schlagworten zu heilen. Jedes Mittel ist ihnen recht, um Stimmung gegen den Verbandsvorstand zu machen und die Leitung der Organisation den Unabhängigen in die Hände zu spielen. Man hat es dabei überaus eilig. Sie können den Zusammenritt der ordentlichen Generalversammlung gar nicht erst abwarten, sondern wollen schon früher die Macht an sich reißen. Sie fürchten wohl, daß ihnen die Felle bis zum Herbst davonschwimmen, weil die Arbeiter immer mehr und mehr einzusehen beginnen, daß die Taktik der Unabhängigen und Spartakisten unsehbar die deutschen Arbeiter ins größte Elend führen muß.

Dem Kollegen Zernicke wird in dem Flugblatt nachgesagt, daß er mit der Spaltung des Verbandes besonders in dem Falle gedroht hätte, daß die Generalversammlung eine andere Verbandsleitung bestimme. Das soll in folgenden Worten Zernickes enthalten sein: „In dem Augenblick, in dem die Führer entfernt werden, ist die Spaltung auch da.“ Diesem Satz, sowie den anderen im Flugblatt zitierten Äußerungen Zernickes liegt ein ganz anderer Sinn zugrunde als der, der ihnen von Ruch und Lofst gegeben worden ist. Auch Zernicke hat selbstverständlich nur im Sinne einer ernststen Mahnung zu den Berliner Kollegen gesprochen. Dafür seien als Beleg zwei Sätze aus seiner Rede hierhergesetzt:

„Heute ist die Situation so, daß der Vorstand ernstlich prüfen muß, wie der Spaltung entgegengewirkt werden kann.“

Und an anderer Stelle:

„Wir richten deshalb an Euch (Lofst und Ruch) die Mahnung, soweit es in Euren Kräften steht, mit uns zu wirken, daß der Verband geschlossen zusammenbleibt.“

Das lautet doch etwas anders, als die Flugblattschreiber Zernicke unterstellen und zeigt, in welcher geradezu leichtfertiger und demagogischer Weise in Berlin mit den Interessen des Verbandes umgesprungen wird.

Jetzt wäre die Zeit für den Verband gekommen, ihn nach allen Richtungen weiter auszubauen und die Erfolge einer jahrzehntelangen erfolgreichen Arbeit zu einem unantastbaren Gut, zu einem mächtigen Fels für wirtschaftlichen Fortschritt, politische soziale Freiheit zu gestalten. Mehr als eine Million Mitglieder sind zurzeit im Verband vereinigt, ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten stehen ihm offen, wenn die Arbeiter sich der selbstwiderständigen Bruderkrieg aufgibt und möglichst bald zu systematisch aufbauender Arbeit zurückkehrt. Nachdem wir als Sozialdemokraten jahrzehntlang dem Volke gelehrt haben, daß die Gemeinwirtschaft oder Sozialisierung der Gütererzeugung und Verteilung die für das Volkwohl vorteilhafteste Produktionsform ist, liegt es jetzt an uns, dem Volke praktisch zu beweisen, daß wir recht haben. Statt dessen wird der unheilvolle Parteistreit, der nur die Kräfte der Arbeiter schwächt und mit jedem Tage, an dem die Unsicherheit unserer öffentlichen Zustände weiter andauert, den Boden für eine Gegenrevolution von rechts vorbereitet, auch in unsern Verband hineingetragen. Die Revolution in Deutschland, die eine Weltumwälzung eingeleitet hat und die die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in allen modernen Industrieländern von Grund aus weiter umgestaltet wird, hätte nicht vor sich gehen und sich trotz aller Widerstände von rechts bisher halten können, wenn nicht die deutschen Gewerkschaften und die auflärende Tätigkeit der Sozialdemokratie die Grundlage hierzu geschaffen hätten. Der Krieg war nur der äußere Anlaß der Revolution. Während seiner Dauer waren die revolutionären Kräfte unseres Volkes gebunden. Erst die Beendigung des Krieges und die Niederlage Deutschlands machten sie frei. Gedenken wir uns doch, wie lange es allein gedauert hat, bis die Leistung von Überzeitarbeit für die Kriegswirtschaft durch die Gewerkschaften eingedämmt werden konnte und wie oft die damals noch recht zaghaften Verbandsmitglieder erst durch die jetzt verlästerten „Gewerkschaftsbözen“ angehalten werden mußten, ihre wirtschaftlichen Interessen nachhaltiger zu vertreten. Das muß ins Gedächtnis zurückgerufen werden, wenn man gerecht über die Tätigkeit des Vorstandes urteilen will.

In ihrem Flugblatt behaupten Lofst und Ruch, daß der Vorstand bewußt auf eine Spaltung des Verbandes hinarbeite. Wie es sich damit verhält, haben wir bereits in voriger Nummer und in den einleitenden Bemerkungen nachgewiesen. Gegen die Unverantwortlichkeit einer solchen Unterstellung braucht sich der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht zu verteidigen. Er, der unausgesetzt für die Einheit der deutschen Arbeiter gewirkt und gestritten hat, der sollte nun auf einmal das Gegenteil tun? Was wir aber sagen

müssen, ist, daß Ruch und Lofst entweder unfähig sind, Sinn und Zweck der in der Sitzung des engeren Beirats gehaltenen Reden der Vorstandsmitglieder richtig zu verstehen und wiederzugeben, oder daß sie die Dinge absichtlich auf den Kopf stellen, um mit der dadurch erzeugten Stimmung ihre Zwecke besser zu erreichen. So oder so — wir lassen ihnen die Wahl — ist es gleich schlimm für die derzeitigen Leiter der größten Verwaltungsstelle unseres Verbandes mit etwa 160.000 Mitgliedern. Was die Vorstandsmitglieder Reichel und Zernicke gesagt haben, entsprang im Gegensatz zu der ihnen gemachten Unterstellung dem ernstesten Wunsch und Willen, die durch die Treibereien gefährdete Einheit des Verbandes zu erhalten. Lofst und Ruch müssen wissen, daß der ausgeübte Gewissenszwang und die glatte Maßregelung von Verbandsangestellten Gegenkräfte in den betreffenden Verwaltungsstellen auslöst und den Verband schädigt. Ferner dürfte ihnen nicht verborgen geblieben sein, daß, wenn sie nicht alles gutheißen, was noch radikalere Elemente als sie selbst sind, fordern, auch ihre Tage in Bälde gezählt sein werden. Sind sie doch selbst erst durch die gegen die bisherigen Bevollmächtigten künstlich erzeugte Stimmung ins Amt gekommen. Wenn sich die weitgehenden Verheißungen der radikalen Wortführer nicht erfüllen, dann kommt die Stunde, in der in der Tat die in jahrelanger und opfervoller Kämpfe aufgebaute Organisation in Trümmer sinkt. Die weitgehenden Hoffnungen aber, die man bei den Arbeitern erweckt, werden sich um so weniger erfüllen, je länger der unselige Bruderkrieg andauert und je weiter die Zerklüftung der Arbeiterschaft und die Zerrüttung unserer Volkswirtschaft fortschreiten.

Gegen Bruderkrieg und Selbstmord richten sich die Ausführungen und Mahnungen der Vorstandsvorteiler. Das hat Ruch nicht begriffen oder wollte es nicht begreifen, weil es so besser in seinen Kram paßt. Lofst scheint das schon leise zu ahnen, denn seinen Lippen entquoll das Geständnis:

„Es wäre furchtbar, wenn wir den gleichen Leidensweg gehen müßten wie die Russen. Aus der russischen Bewegung können wir sehr viel lernen und die Fehler vermeiden, die dort gemacht worden sind.“

Ganz unsre Meinung! Warum dann aber Räuber und Mörder?

Der zweite Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Berlin (Ruch) muß einen höchst einseitigen und wahrheitswidrigen Bericht von der Sitzung des engeren Beirats in der Berliner Generalversammlung erstattet haben, daß Beschlüsse, wie die Einleitung einer Abstimmung über die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages angesichts der Nähe der ordentlichen Generalversammlung gefaßt werden könnten. Wahrheitsgemäß konnte und wollte man nicht berichten, weil man dann seinen Zweck nicht erreicht hätte. Das geht auch aus einem an den Vorstand gesandten Bericht der Ortsverwaltung Berlin über die Berliner Generalversammlung hervor. Danach hat Ruch „berichtet“, daß einzelne Orte, wie Hanau, Stuttgart usw., dem Hauptvorstand die Beiträge gesperrt haben.“ Daraus ist kein Wort wahr. Die Verwaltungsstelle Hanau ist bei der Besprechung der Beitragsperre überhaupt nicht vom Berichterstatter erwähnt worden und über die Verwaltungsstelle Stuttgart wurde nicht berichtet, daß sie die Beitragsperre beschlossen habe. Berichtet wurde vielmehr, daß einzelne Mitglieder des Verbandes, die der U.S.P. oder der Spartakusgruppe angehören, in einzelnen Betrieben für die Beitragsperre agitieren. Das ist etwas wesentlich anderes, als was Ruch den Vorstand sagen läßt. Auch was er über die „Gegenrevolution von rechts“ und „von links“ in der Berliner Generalversammlung gesagt haben muß, ist eine vollständige Verdrehung des wirklichen Sachverhalts. Nach diesen Stichproben können sich die Verbandsmitglieder vorstellen, wie überaus stark frisiert der Bericht von der Sitzung des engeren Beirats gegeben worden sein muß, um die erforderliche Stimmung zu erreichen. Gegen eine solche Methode müssen wir im Interesse des Verbandes aus entschiedenste Einspruch erheben.

Zu dieser Stimmungsmache müssen auch die Arbeitsgemeinschaften herhalten. Gewiß! Aber die Zweckmäßigkeit der Arbeitsgemeinschaften kann man verschiedener Meinung sein. Gegen eine sachgemäße Meinungsäußerung läßt sich nichts sagen. Aber gegen die Herunterreibung dieser doch erst praktisch auszugestaltenden Einrichtung und der Verdächtigung des Vorstandes müssen wir uns wenden. Nach dem Flugblatt sei diese Einrichtung nur geschaffen worden, um „das Proletariat zu knebeln und ihm die Macht aus den Händen zu nehmen“. Das ist ein unerhörter Vorwurf. Man unterstellt dem Vorstand, daß er die Arbeiter „knebeln“ und dem Kapitalismus ausliefern will. Diese Behauptung stellt man gegen den Vorstand einer Organisation auf, dessen Lebensaufgabe es gewesen ist, die Herrschaft des Kapitalismus systematisch einzuschränken und durch die Macht der Organisation gänzlich zu brechen. Wer sich hierüber näher informieren will, der lese die Ausführungen des Vorstandes zum 25. jährigen Verbandsjubiläum im Jahrbuch 1916 nach. Gift verderblichster Art ist es, das Ruch, Lofst und andere in die Gehirne der Berliner Arbeiter einträufeln.

Die Arbeitsgemeinschaften sind neue Formen des Zusammenarbeitens auf bestimmt umgrenzten Gebieten zwischen Unternehmern und Arbeitern zum Wohl der Arbeiter und der Allgemeinheit. Einen Kapitalismus alter Schlags gibt es, soweit die Industrie nicht sozialisiert werden kann, in Deutschland künftig nicht mehr. Mit den Arbeitsgemeinschaften können die Interessen der Arbeiter wirksamer vertreten werden, als es bisher möglich war. Da die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter zur Mitwirkung und Mitentscheidung im Produktionsprozeß berufen werden sollen, können sie sich nicht mehr wie bisher bloß auf die Regelung der Lohn- und Arbeits-

bedingungen beschränken, sondern sie müssen in ihrem eigenen Interesse neuschöpfend am Auf- und Ausbau der Wirtschaft mitwirken. Das kann einmal durch die zu schaffenden Arbeiterbetriebsräte und sodann durch die Arbeitsgemeinschaften geschehen. Durch die letzteren können die Arbeiter in die zu bildenden wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorgane an der Beschaffung der Rohstoffe und am Auslandshandel mitwirken. Bisher hatten die Arbeiter keine rein wirtschaftlichen, sondern eher nur ihre Kampforganisationen. Letztere müssen sie selbstverständlich beibehalten und weiter ausbilden, dazu aber wirtschaftliche Körperschaften bilden, die die Arbeiter mehr als bisher in den komplizierten Wirtschaftsmechanismus einführen und sie für die Übernahme höherer Aufgaben erst reif machen. Damit werden die Arbeiter weder „gefnebelt“ noch ihre Interessen vernachlässigt, wie man das dem Vorstand zur Erreichung bestimmter Zwecke vorwirft. Überdies können die Gewerkschaften jederzeit von den getroffenen Vereinbarungen zurücktreten, wenn sie zu der Auffassung kommen, daß sie ihren Bestrebungen nicht dienlich sind. Der Vorstand des Verbandes hat in Aussicht genommen, der kommenden ordentlichen Generalversammlung über die Frage Bericht zu erstatten und es ihrer Entscheidung anheimzustellen, ob sich der Verband an dieser Einrichtung weiterhin beteiligen soll. Auch das ist Ruch und Lofst bekannt, wie es ihnen auch bekannt ist, daß der erweiterte Beirat den Vorstand mit den Verhandlungen über die Arbeitsgemeinschaften beauftragt hat. Um so verwerflicher aber ist ihr Vorgehen gegen den Vorstand.

Sobald wird dem Vorstand eine „Bewässerung“ des Räte-systems durch die Arbeitsgemeinschaften vorgeworfen. Insbesondere der Vorstand des D.M.V. sei es, der eine „Abneigung“ dagegen habe, daß das Proletariat seine eigenen Geschicke selbst in die Hand nehme.“ Auch diese Vorwürfe sind glatt aus den Fingern gelogen. Zunächst sollen nach der Auffassung des Vorstandes die Arbeitsgemeinschaften die Arbeiter-Betriebsräte nicht ersetzen, mithin können sie auch keine Bewässerung derselben darstellen. Sodann ist es eine bewußt falsche Darstellung, den Vorstand als Gegner der Arbeiter-Betriebsräte hinzustellen. Das Gegenteil ist richtig. Der Vorstand hat sich bereits in der Sitzung des erweiterten Beirats im März d. J. für die Arbeiter-Betriebsräte ausgesprochen. Als ehrlicher Sachwalter der Organisation hat er sich nur auf Grund seiner praktischen Erfahrungen mit den bisherigen Arbeiterausschüssen für verpflichtet gehalten, vor überschwenglichen Hoffnungen zu warnen. Nach seiner Ansicht ist der ein besserer Sachwalter der Arbeiterinteressen, der die Arbeiter auf bestehende Schwierigkeiten aufmerksam macht, als der, der ihnen gleichnerische Versprechungen macht, sie dadurch in den Sumpf führt und dann darin stecken läßt.

Wie den Verbandsmitgliedern durch die letzte Nummer der Metallarbeiter-Zeitung bekannt ist, hat die Vorstandskonferenz dem nächsten Gewerkschaftskongreß eine Vorlage über die Arbeiter-Betriebsräte unterbreitet. (Siehe auch die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften in dieser Nummer.) Daraus hat auch der Vorstand mitgewirkt, also kann er nicht gegen die Arbeiter-Betriebsräte sein. Wir treten mit den Verbandskollegen für eine weitgehende Ausgestaltung der Arbeiterrechte ein und wollen den Arbeiter aus dem bisherigen Lohnsklaven zu einem freien gleichberechtigten Mitbürger im Staats- und Wirtschaftsleben machen. Wir sind überzeugt, daß die übergroße Mehrheit der Verbandsmitglieder diese Auffassung und Tätigkeit des Vorstandes gutheißen und nichts von den weltfremden Ideologien wissen will, sondern auf dem Boden der Tatsachen stehend, mit uns gemeinschaftlich die Befreiung der Arbeit aus der Lohnknechtschaft anstrebt.

Dieses große Ziel kann jetzt erreicht werden. Erreichbar kann es aber nur werden bei verständigem Verhalten der Arbeiter und der Einheit ihrer wirtschaftlichen und politischen Organisationen. Dies auf letzterem Gebiet herbeizuführen, ist zurzeit nicht erreichbar. Nicht so in bezug auf die wirtschaftlichen Organisationen. Hier trennt uns so gut wie nichts von den Unabhängigen. Mit ihnen Vorführern Kautsky, Dr. Hilferding, Grimm und anderen sind wir für die Sozialisierung der Industrie im Rahmen des Möglichen und für die Arbeiterbetriebsräte als mitbestimmender Faktor im Produktionsprozeß. Zur Erhaltung der gefährdeten Einheit in den Gewerkschaften bedarf es nur des Festhaltens an dem Grundsatz der Bestellung der Vertretermänner nach der Tätigkeit und Ablehnung der Auswahl nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Wir haben mit einem schlechten Frieden zu rechnen. Die Verhältnisse gestatten uns nicht, unsere Kräfte im Bruderkrieg zu vergeuden und mit den Produktionsmitteln unwirtschaftlich umzugehen.

Wenn die Bergleute unausgesetzt streiken, keine Kohlen aus dem Schoß der Erde gefördert werden, die Eisenwerke feiern müssen, infolgedessen keine Lokomotiven und Eisenbahnwagen gebaut, keine Ausführungsprodukte zum Eintausch von Nahrungsmitteln hergestellt werden können und unsere Landwirtschaft nicht die so dringend nötigen Düngemittel erhalten kann, dann geht Deutschlands Volkswirtschaft rettungslos zugrunde. Dann vernichten die Arbeiter selbst die Grundlagen ihrer zukünftigen wirtschaftlichen Existenz. Ein Trugbild ist die Hoffnung, daß aus den Trümmern ein neues und besseres wirtschaftliches Produktionssystem entstehen werde.

Nur durch Arbeit und Solidarität des schaffenden Volkes führt der Weg aus dem Dunkel der Nacht aufwärts zum Licht, zu einer besseren Zukunft.

Der Vorstand
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Sozialisierung

III.

Vereinheitlichung der Produktion.

Durch die Sozialisierung der Warenherstellung fällt der Privatunternehmer weg und der von ihm eingeflossene Gewinn kommt der Allgemeinheit zugute. Dieser Gewinnanfall für den Staat wird, wie man sieht, gemeinhin bedeutend höher veranschlagt, als es die kommenden Dinge gerechtfertigt erscheinen lassen. Zukünftig wird er viel geringer sein als heute noch allenthalben angenommen wird. Durch die Vollerwerbsleistungen, Arbeitszeitverkürzungen und andere Umstände sind die Summen, die als Unternehmergewinn betrachtet werden, wesentlich vermindert worden. Der große Vorteil, den die Ausschaltung des Privatunternehmers der arbeitenden Volksgemeinschaft bringt, liegt eher auf ethisch-wirtschaftlichem Gebiet. Damit ist selbstverständlich nichts gegen die Nützlichkeit oder Notwendigkeit der Sozialisierung gesagt. Im Gegenteil. Die Hoffnung auf großen finanziellen Gewinn wird sich hauptsächlich in der Verbesserung der Warenherstellung selbst, das heißt durch ihre großzügige Organisation, reichsweite Zusammenfassung und Vereinheitlichung erfüllen lassen. Welcher (geliebter) Nutzen dadurch zu erreichen ist, läßt eine Betrachtung des amerikanischen Trusts ahnen.

Um eine lange Geschichte kurz zu machen, sei an den Stahltrust erinnert. Vor zwei Jahrzehnten begann der Finanzkönig Morgan, den größten Teil der amerikanischen metallindustriellen Anlagen aufzukaufen. Die Besten forderten phantastische, mitunter zwei, dreimal über den Buchwert hinausgehende Summen. Sie sind bezahlt worden. Der Bankrott Morgans wurde prophezeit. Nichts dergleichen ist eingetroffen. Morgan legte die vielen Einzelbetriebe zusammen oder ließ die rüstständig eingerichteten einfach liegen und verrotten. In ihrer Stilllegung erblickte er einen größeren Vorteil als in ihrer Weiterbetriebe. Die durch Ueberbezahlung und Nichtbetriebe der Anlagen erlittenen Verluste wurden wettgemacht durch die Ausschaltung der Konkurrenz und die einheitliche Organisation der Stahlherzeugung. Ein Heer von Maschinen und auch die Klamme konnte nun gespart werden. Noch viel mehr aber wurde durch die Zusammenlegung bestimmter Industriezweige auf dem engen Raum einer Anlage, durch gesteigerte Massenerzeugung und die dadurch ermöglichte bessere Ausnutzung der maschinellen Einrichtung gewonnen. Auf dem beschränkten Raum einer Fabrikanlage wird nunmehr — um einen amerikanischen Ausdruck zu gebrauchen — alles erzeugt, von der Panzerplatte bis zur Keilzweide, wodurch eine gewaltige Ersparung von Rohstoffen, Arbeitskraft und Transportmitteln verbürgt ist. Und noch ein anderer überaus wichtiger Vorteil ist möglich geworden, nämlich die Vereinfachung und Verminderung der Typen der Halbfabrikate und Werkzeuge, ein Vorteil, dessen ganze Größe doch wohl nur der Sachmann abzuschätzen vermag. Es werden nur noch bestimmte Typen von Erzeugern, Maschinen, Eisen, Maschinen und Werkzeugen hergestellt. Die weiterverarbeitende Industrie hat sich damit abzufinden und ihre Einrichtung dem anzupassen. So ist denn in der ganzen Industrie ein wohlthuender Zug der Einheitlichkeit zu finden. Nicht nur das. Die Arbeitsmaschinen können vermindert, die Werkzeuglasten verkleinert, die Modellzahl verringert werden; das Suchen und Laden des Arbeiters ist eingeschränkt, die Einführung von Spezialvorrichtungen macht sich mehr bezahlt, die ganze Fabrikation ist vermehrt, verbilligt worden. Auf dem 4000 Meilen langen Weg von New York bis San Francisco findet man, wie der wichtige Sohn des Ostens Sam dem Fremden berichtet, allenthalben die bestimmte Sorte Würste, Schnaps, Meißerschmitten, Schulbücher, Gesetzbücher, und in der Industrie eine wohlthuende, zeitparende, gut zu beschaffende Einheitlichkeit der Arbeitsweisen und Werkzeuge.

Der gewaltige Nutzen, der aus dieser Vereinfachung der Warenherzeugung spricht, kommt nun freilich dem Kapitalisten in hohem Grade zugute. Aber auch die Volksmasse als Verbraucher wie als Erzeuger nimmt daran teil. Daß der Lohn der amerikanischen Arbeiter bedeutend höher ist als der seines europäischen Kollegen, ist mahnend bekannt. Und dem besseren Einkommen steht keine entsprechende teure Lebenshaltung gegenüber. Das, was die Masse an Lebensmitteln und Kleidung braucht, ist in der Union eher billiger, jedenfalls nicht teurer als bei uns. Es ist eine ganz uralte Annahme, daß der Arbeiter in Amerika länger oder strenger schuere als der deutsche. Seine bessere Bezahlung wie die verhältnismäßige Billigkeit der Gebrauchsgüter der Masse sind das (wenn auch nicht ausschließliche) Ergebnis der Vereinheitlichung der Warenherzeugung. Dank dieser kommt die Fördermenge des einzelnen Mannes wesentlich gesteigert, die Warenpreise auf einem niedrigen Stand gehalten werden. Dem Arbeiter bringt sie hohen Lohn, dem Verbraucher wohlfeile Waren — und dem Kapitalisten reichlicheren Profit.

Mit alledem soll nicht etwa dem Trust ein Loblied gesungen sein, sondern nur darauf hingewiesen werden, in welcher hohem Maße durch technische und betriebsorganisatorische Verbesserungen die Warenmenge gesteigert zu werden vermag. Wenn der Trust, also eine private Gesellschaft, schon solche Vorteile zu erreichen imstande ist, so ist es selbstverständlich ein ganzer Staat, das Deutsche Reich, in noch viel höherem Maße. Um ein Beispiel zu geben, das die Vereinheitlichung der Warenherzeugung zu erzielen vermag, wird der Gewinn sein, der dem neuen Deutschland durch Sozialisierung wüßte. Es ist nun allerdings außerst wünschenswert, daß die Umwandlung der Wirtschaftssysteme mehr aus den Händen der Politiker in die des Technikers, Kaufmanns und Betriebsorganizers übergeht. Der Beginn der Sozialisierung mag Sache der Politiker sein, ihre Weiterbetriebe oder Durchführung aber müßte sich ausschließlich den Fachleuten überlassen werden. Nur diese sind es, die die Vorteile der Sozialisierung, die von ihr erwartet werden müssen und erwartet werden können, zu verwirklichen.

Nun wird gefragt werden, ob nicht die Vereinheitlichung, die Uniformierung der Warenherzeugung auf unser ganzes gesellschaftliches Leben auch abwärts gehen würde, auch da zur Uniformierung, zur Eintönigkeit führe. Diese Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen. Jedes, der Nachteile verschwindet neben dem Vorteil. Der einen eigenen Charakter oder besondere Bedürfnisse betriebliehen will, aber auch kann eben besonderen Aufwand damit machen, wie es in Amerika der Fall ist. Der drei, sagen wir, Eisenwerke oder Werkzeugwerke, die nicht nur Bezugspreis haben, aber auch aus der Warenherzeugung herauskommen ready made mit der einzigen notwendigen Schnitt hat einen Bezugswert, der auch eben ein- oder zweimal mehr bezahlt werden muß. In viel weitestgehender Weise als der Trust wird, dank der Vereinheitlichung der Warenherzeugung, die Vereinheitlichung der Warenherzeugung die Einheitlichkeit der Warenherzeugung über die Einheitlichkeit des Wohlstandes gefördert.

Die deutsche Reichsregierung hat die Sozialisierung mit der Vereinheitlichung des Volkswirtschafts begonnen. Dadurch wird ein Vorteil für die Einzelbetriebe besonders insofern sprechen, als eine Menge im Großhandel beschaffter Waren zu wirklich nützlicher Arbeit, zur Erhöhung der Warenmenge frei wird. Die gleichen Vorteile würden bei der Vereinheitlichung des Wirtschaftssystems, des Wirtschaftsverbands usw. Und die Ueberzeugung dieser Vorteile in die Gemeinwirtschaft kann leicht geföhrt, da sie nicht so große Schwermereien bedingt oder zeitraubende Vorbereitungen bedarf wie die Ueberzeugung

der industriellen Betriebe. Jene wird freilich auch nicht so gewinnbringend sein als diese.

Unsere vielgestaltige Not und die Steuerlast helfen die Weiterbetriebe der Sozialisierung bis auf die eigentliche Industrie, weil sie mittels der reichsweiten Zusammenfassung und Vereinheitlichung hohe Ergiebigkeit verspricht. Damit sie aber diese Erwartung erfüllt, ist es einfach unerlässlich, daß sie nach großzügigem Plan von tiefer Sachkenntnis und Vorsicht geleitet wird. So kann es sich hier bei der Sozialisierung der Produktion nicht um eine „sofortige“ handelen, sondern um eine systematische, organische, eine Umwandlung, die Weitsicht und Erfahrung, also aufgeschickter geistiger Arbeit bedarf, die aber noch nicht vorhanden ist, für deren Anbahnung nur die allerfähigsten Kräfte gerade gut genug sind.

Freih. A. M. u. c.

Das Streikrecht in den von den Engländern besetzten Gebieten Deutschlands

Von H. Gaas (Köln).

Zurzeit wird in der deutschen Arbeiterbewegung die Frage besprochen, ob es nicht für unser ganzes Wirtschaftsleben und damit auch im eigentlichen Interesse der Arbeiterschaft zweckmäßig wäre, auf das Streikrecht zu verzichten und Schiedsgerichte zu schaffen, die für beide Teile verbindliche Schiedssprüche fällen könnten. Die Meinungen darüber sind sehr geteilt und es kann daher sicher nicht schaden, wenn einmal dargelegt wird, wie die englische Militärbehörde in Köln diese Frage gelöst hat.

Die Angestellten der Kölner Industrie leiteten im März eine große Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage ein. Als die Verhandlungen nicht schnell genug zum Ziele führten, wurde in einzelnen Großbetrieben, noch ehe der angesehene Schlichtungsausschuss entschieden hatte, die Arbeit eingestellt. Das Urteil des Schlichtungsausschusses, das verschiedene Tage später gefällt wurde, ging den Angestellten nicht weit genug und sie beschloßen unter Leitung ihrer Organisationen, in den allgemeinen Streik einzutreten und den Regierungspräsidenten als Vermittlungskommissionär zur Vermittlung anzurufen. Da zu derselben Zeit auch noch verschiedene andere Bewegungen in Köln geführt wurden, griff die englische Militärbehörde ein und riet dringend zur Verständigung.

Einige Tage später gab sie eine Bekanntmachung an die Zeitungen, die folgenden Inhalt hatte:

„Die Lage in Deutschland wird täglich erster durch wirtschaftliche und industrielle Unruhen und Unzufriedenheiten.“

„Bis jetzt haben die Bewohner des von den britischen Truppen besetzten Gebietes ordentlich und gesetzlich leben können und sind ihnen die Kämpfe und das Blutvergießen erspart geblieben, welche andere Teile Deutschlands heimgesucht haben. Es liegt im Interesse sämtlicher Einwohner, daß dies so weitergehen solle. Größere Mengen von Lebensmitteln sind jetzt erhältlich und die Verteilung derselben wird bald vollständig organisiert sein.“

Ausstände und Unruhen werden die allgemeinen Zustände nicht verbessern, im Gegenteil, sie werden nur Elend und Unglück erzeugen. Im Interesse der Bewohner des britisch besetzten Gebietes verlange ich deshalb, daß alle mit mir zusammenarbeiten, um die Ordnung aufrecht zu erhalten; nur so kann der Bevölkerung das Elend erspart bleiben, welches anderswo eingetreten ist.“

Ich verordne, daß, bis diese Bekanntmachung widerrufen wird, alle Ausstände angehehrt sind; ich beschle ferner allen Angestellten und Arbeitern jeder Art, bei ihrer Arbeit zu bleiben, und denjenigen, die in den Ausstand getreten sind, sobald wie möglich zu ihrer Arbeit zurückzukehren.“

Ich warne alle, daß die strengsten Maßnahmen gegen jede Person getroffen werden, die im Widerspruch mit dieser Bekanntmachung einen Ausstand fördert, befürwortet oder anstiftet oder in irgendeiner Weise gegen die Arbeit verfährt. Ich fordere alle Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, sich jeder herausfordernden Handlung fern zu halten und anständig zum Wohle ihres Vaterlandes zusammenzuarbeiten.“

Es ist mein fester Wille, die Rechte der Arbeiter und Angestellten im besten Maße zu wahren.“

Alle Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten können der britischen Militärbehörde zur Vermittlung unterbreitet werden; letztere wird beide Seiten sympathisch und unparteiisch anhören und wird sich alle Mühe geben, Zustände zu schaffen, die alle befriedigen; jedoch wird die Entscheidung dieser Behörde endgültig sein und unter keinen Umständen ist das Aufheben der Arbeit erlaubt.“

Die Vermittlung der britischen Militärbehörde darf jedoch nur in Anspruch genommen werden, wenn alle vorhandenen deutschen Schlichtungsmittel versagt haben.“

Herbert Hunter, General.

Commanding in Chief British Army of the Rhine.

An demselben Tage, an dem die britische Militärbehörde diese Bekanntmachung an die Zeitung gab, hatte sie nachmittags mit dem Regierungspräsidenten, einem Vertreter des Oberbürgermeisters, dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses und drei Gewerkschaftsvertretern eine Aussprache über die Bekanntmachung. In dieser Aussprache erzielten die Gewerkschaftsvertreter mit Hilfe der deutschen Behörden eine wesentliche Einschränkung der Bekanntmachung und am nächsten Tage wurde unter Aufrechterhaltung der ersten fünf Absätze alles andere aufgehoben und dafür folgendes bestimmt:

„Alle Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten sind auf dem gesetzlich vorgezeichneten deutschen Schlichtungswege (Organisation, Schlichtungsausschuss, Streikgericht) zur Entscheidung zu bringen.“

„Im Fall einer Einigung nach Erörterung aller obigen Instanzen jedoch nicht erzielt werden kann, ist die Angesehenheit der britischen Militärbehörde vorzutragen, welche nach ineinander und unparteiischer Beratung der Parteien und zureichender Sachverständigen selbst einen endgültigen Schiedsspruch fällen wird, der für beide Parteien verbindlich ist.“

Es ist mein fester Wille, die Rechte der Arbeiter und Angestellten im vollen Maße zu wahren.“

Ich warne alle, daß die strengsten Maßnahmen gegen jede Person getroffen werden, die im Widerspruch mit dieser Bekanntmachung handelt oder irgendwie gegen die Bestimmungen derselben verfährt. Diese Bekanntmachung setzt alle vorherigen diesbezüglichen Bekanntmachungen außer Kraft.“

Das Verhalten unserer Vertreter, daß nach dem Schiedsspruch der englischen Behörde noch Streiks, die mit der Zustimmung der gewerkschaftlichen Organisation geführt wurden, zugelassen sind, wurde entschieden abgelehnt. Erstens, weil dann die Gewerkschaft noch eine Funktion über dem britischen Befehlshaber wäre, und zweitens, weil bei unserer jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse Streiks durchaus nicht angebracht wären. Man betrieue auf den ersten Teil der Bekanntmachung und betone immer wieder, man beschwichtige nicht, das Streikrecht der Arbeiterschaft zu befechtigen, sondern verlange, daß den wirtschaftlichen Sachverständigen Rechnung getragen und Hilfe und Ordnung aufrecht erhalten würde. Letzteres sei aber bei den jetzigen Umständen Streiks, besonders wenn sie eine Ausbuchtung annehmen wie der Angestelltenstreik, nicht mehr gewöhnlich.“

Rechnen wir an, daß die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung für die englische Behörde der Hauptgrund war, der zu ihrer Bekanntmachung geführt hat, so muß man doch bei dementsprechender Beurteilung zugestehen, daß sie in den ersten Absätzen ihrer Bekanntmachung die Verhältnisse Deutschlands ziemlich richtig schildert und dann auch Schlichtungswege daraus zieht, die man nicht ohne weiteres vor der Hand weisen kann.

Verzagen wir die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, so finden wir, daß die Zahl der Streiks an einem Orte, im Beruf oder im Gewerbe, mit dem Fortschreiten der Gewerkschaftsbewegung zunimmt. Das Wachsen der Organisation verleiht die Arbeiterbewegung zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft, und beide Teile können immer mehr, den Nachverhältnissen Rechnung tragend, zu der Ueberzeugung, daß Lohn- und sonstige Streitfragen auch durch Verhandlungen und Schiedssprüche aus der Welt geschafft

werden können. Ebenso sehen wir aus der Geschichte der Gewerkschaften, daß mit dem Fortschreiten der Arbeiterbewegung die wirtschaftlichen Kämpfe, die trotzdem noch durchgeführt werden mußten, immer mehr in die Zeit fallen, wo sie dem Unternehmertum am unangenehmsten waren, nämlich in die Zeit der wirtschaftlichen Konjunktur. Beide geschichtliche Wahrheiten werden augenblicklich lässlich misachtet. Unser Wirtschaftsleben liegt darüber, wie es noch mehr ein Industriegebiet erlebt hat, und doch herrscht ein Streikfeber, in wir es noch nie vorher gekannt haben. Zahlenmäßig haben die Gewerkschaften nach der Revolution einen Zuwachs an Mitgliedern erzielt, wie er in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege nicht zu verzeichnen war. Dabei ist weiter noch zu berücksichtigen, daß sich die politischen Verhältnisse ganz anders gestaltet haben und somit wirtschaftlich und politisch die Macht der Arbeiterschaft eine ganz andere geworden ist, als sie ehemals war.

Trotz dieser für die Arbeiterschaft günstiger Voraussetzungen sehen wir bei wirtschaftlichen Streitfragen, daß sehr oft der Verhandlungsweg nicht beschritten oder die Entscheidung eines Schiedsgerichts nicht angerufen wird.

Unter voller Würdigung aller tatsächlichen Verhältnisse kann man zu der Ueberzeugung kommen, daß dasjenige, was die englische Behörde im besetzten deutschen Gebiet bestimmt hat, auch im übrigen endgültiger Schiedsspruch für die Engländer im besetzten Gebiet leichter ist als für eine deutsche Schlichtungsstelle. Trotzdem müßten sich aber bei der jetzigen Not des Landes und unter voller Anerkennung der Machtverhältnisse der deutschen Arbeiterschaft Instanzen schaffen lassen, die für eine vorübergehende Zeit bindende Urteile für beide Parteien fällen könnten.

Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften

Die von der Vorstandskonferenz am 25. April (siehe Bericht in voriger Nummer) beschlossenen „Richtlinien“ haben folgenden Wortlaut:

1. Die Gewerkschaften haben in der Periode der privatkapitalistischen Warenproduktion die Arbeiter zum Klassenkampf erzogen. Sie haben große Massen der Arbeiter in starken Verbänden gegen die Unternehmer vereinigt, sie in Lohnkämpfen geschult und durch wirtschaftliche Bildung zur Erkenntnis ihrer Lage und zum Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge gebracht. Die Gewerkschaften haben in jahrzehntelangen systematischen Kämpfen der Unternehmern nicht nur Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen abgerungen, sondern auch die Stellung der Arbeiter in den von den Gewerkschaften beeinflussten Betrieben der Arbeitgeberwillkür entzogen. Sie haben der Arbeiterschaft die Anerkennung ihrer Organisation als gleichberechtigter Vertragspartner erkämpft und in beträchtlichem Umfang die gewerkschaftlichen Erfolge durch kollektive Arbeitsverträge gesichert. Sie haben ferner die Umwandlung des Arbeitsrechts, indem ein einseitiges Herrenrecht des Unternehmers, zum parteilichen Recht angebahnt und gefördert sowie auf die Sozialpolitik und die Gesetzgebung einen steigenden Einfluß ausgeübt.

2. Am Vorabend der politischen Revolution hatten die Gewerkschaften die Unternehmer bereits zur Erfüllung der wesentlichen Arbeiterforderungen gezwungen und sie auf den Weg der wirtschaftlichen Demokratie gedrängt durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, in denen die Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Vertretung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollten. Alle diese Erfolge der Gewerkschaften sind wertvolle Errungenschaften, haben aber die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft und somit die Aufgaben der Gewerkschaften erst zum Teil erfüllt. Der Kampf der Gewerkschaften muß deshalb fortgesetzt werden.

3. Die Revolution hat die politische Macht der Arbeiterklasse gestärkt und damit zugleich ihren Einfluß auf die Gestaltung der Volkswirtschaft vergrößert. Der Wiederaufbau des durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens wird sich in der Richtung der Gemeinwirtschaft unter fortschreitendem Abbau der Privatwirtschaft vollziehen. Diese Umwandlung muß planmäßig betrieben werden und wird von den Gewerkschaften gefördert.

4. Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge sind wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist unentbehrlich.

5. Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten. Sie sind deshalb auch im Zeitalter des Sozialismus notwendig. Die soziale Fürsorge der Gesellschaft macht die gegenseitige Hilfe der Arbeiter in ihren Organisationen nicht entbehrlich. Die Gewerkschaften fordern von der Gesellschaft eine ausreichende Fürsorge für die Bedürftigen, insbesondere für die Erwerbsunfähigen, Erwerbsbeschränkten und ohne eigenes Verschulden Erwerbslosen. In dem Maße der Verwirklichung und Sicherung dieser öffentlichen Fürsorge können die gewerkschaftlichen Unterhaltungsanstalten abgebaut werden.

6. Die Interessengegensätze zwischen Betriebsleitungen und Arbeitern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können. Selbst wenn Arbeitsbedingungen infolge des sozialen Arbeitsrechts und demokratischer Mitverwaltung der Arbeiter eingeschränkt werden können und im Interesse der sozialistischen Volkswirtschaft durch schiedsgerichtliches Verfahren nach Möglichkeit verbütet werden müssen, können die Arbeiter auf das Streikrecht nicht verzichten.

7. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Stufen der zentralen Wirtschaftsorganisation verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe sind freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zu schaffen, die, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechtsgültigkeit. Die Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in den Kollektivverträgen auf Grund gesetzlicher Mindestbestimmungen festzulegen.

8. Die Durchföhung der in diesen Richtlinien aufgestellten Forderungen ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Generalorganisationen in den einzelnen Industrie- und Berufsgruppen, die sich im Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer Gesamtvertretung der Arbeit vereinigt haben. Den zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehörigen Gewerkschaften kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin beitreten. Politische oder religiöse Ueberzeugung ist in diesen Organisationen kein Hindernisgrund für den Beitritt.

9. In den Gemeindebezirken oder größeren Wirtschaftsgebieten übernehmen die aus Urwahlen mit beruflicher Ueberzeugung hervorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der feilbetriebliehen Gewerkschaftsfraktionen. In Stelle der letzteren treten Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die ihre Tätigkeit auf die rein gewerkschaftlichen Aufgaben beschränken und den die Verbindung der Gewerkschaften mit den Arbeiterräten herstellen.

10. Außer diesen örtlichen Arbeiterräten sind Arbeitervertretungen für größere Bezirke und für das Reich auf Grund von Urwahlen nach dem verhältnismäßigsten System zu berufen. Dieselben können mit entsprechend zusammengesetzten

Vom Ausland

Frankreich.

Ein erster großer Vertrag zwischen Arbeitern und Unternehmern in der französischen Metallindustrie. Der französische Metallarbeiterverband hat einen großen Erfolg errungen. Er hat als erste große französische Gewerkschaftsorganisation mit dem Unternehmerverband der Metallindustrie einen Vertrag abgeschlossen...

Die Einigung von Metallarbeitern und Metallindustriellen über den Achtstundentag hat sich in Frankreich natürlich nicht unbeeinflusst von den sozialen Umwälzungen in Europa vollzogen. Trotz der reichlichen Erträge, die die französische Gewerkschaften durch Verhandlungen errungen haben...

Als erster Erfolg dieser Bewegung ist der am 17. April abgeschlossene Vertrag anzusehen, der vom 1. Juni 1919 an für die französische Metallindustrie den Achtstundentag bringt. Der französische Metallarbeiterverband, der gegenwärtig an die 200 000 Mitglieder zählt, hat damit einen nicht zu unterschätzenden Erfolg errungen.

Achtstundentag für alle gewerblichen Arbeiter. Die sozialistische Kammergruppe brachte Ende März einen Gesetzesentwurf über den Achtstundentag für alle gewerblichen Arbeiter ein. Dieser Entwurf wurde nach eingehenden Vorberatungen am 18. April trotz anfänglicher großer Widerstände von der Kammer angenommen...

Verbands-Anzeigen

Memberships and announcements for various unions. Includes: Mitglieder-Versammlungen (Wedding, Augsburg, etc.), Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl. (Ingolstadt, Augsburg, etc.), and Angeestellte gesucht (Bielefeld, etc.).

Mit dem Empfang und einigen freundlichen Worten darf es aber nicht abgetan sein. Die Heimkehrenden, aller Mittel entblößt, werden nur zu oft keine Stütze finden, die ihnen Heim sein wird. Für das Notwendige wird und muß das Reich mit seinen Mitteln sorgen. Über darüber hinaus wird vieles zu tun sein, um den Gefangenen, die Jahre der Trübsal und Freudlosigkeit hinter sich haben, eine kleine Freude zu bereiten, ihnen zu zeigen, daß vermehrte Fürsorge wirkt, zurückzukehren, sind große Mittel erforderlich, um nur geringes durch diese Liebeshandlungen leisten zu können.

- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien.
Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. F. Waltrusch.
Verband der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). G. Hartmann.
Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter-Verbände. Kosciowski.
Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände. Dr. Göpfle.

Aufklärung in wirtschaftlichen Dingen tut not!

Unter dieser Überschrift bringt die Konsumgenossenschaftliche Rundschau (Nr. 17 vom 29. April) folgendes: Wenn jemals, so möchte man gegenwärtig dem deutschen Volke Wirtschaftskrisis und Verantwortungsgefühl wünschen, damit der sich vorfindende Scharenberg nicht noch größer werde...

Den Zusammenhang zu erkennen, sollte eigentlich nicht so schwer sein. Aber es ist nun einmal so, daß viele Menschen vor lauter Eifer, die Löhne in die Höhe zu treiben, gar nicht bemerken, wie sie selbst damit die Preise nach aufwärts jagen. Warum liegt das? Nun, diesen Leuten fehlt der Sinn für wirtschaftliche Wirklichkeit. Bei ihnen ist die jahrelang betriebene Aufklärung nicht nur vergeblich gewesen, sie hat, wie der Augenchein zeigt, direkt Verwirrung angerichtet.

Die Arbeit in unseren Konsumgenossenschaften hat von jeher den Wirtschaftskrisis und das Verantwortungsgefühl wirtschaftlichen Erscheinungen gegenüber gewandt und gepflegt. Diese dauernde Beschäftigung mit Wirtschaftsangelegenheiten vermittelt den tieferen Einblick in die volkswirtschaftlichen Vorgänge und bewahrt vor Ueber- und Unterschätzung eigener und fremder Kraft und damit vor Enttäuschung. Wir hatten, so scheint es, bisher zwei wirtschaftliche Aufklärer durch das bloße Wort. Die lebendige Tat besetzte noch nicht genügend das an sich tote Wort, kurz: der groben Theorie stand zu wenig goldene Praxis gegenüber.

Änderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.

Zur Kenntnisnahme Nr. 23 wird eine Verordnung vom 15. April d. J. veröffentlicht, die die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung der Bestimmungen abändert. Danach sind Personen, die zu Familienmitgliedern zu behandeln. Schreien lebende Ehegatten rechnen zum Haushalt mit, wenn sie vom Erwerbslosen gehen oder in der Haushaltung mitarbeiten. Das gleiche gilt für mehrliebige sowie für Ehe- und Pfleger. Der Familienaufschlag kann an denjenigen angesetzt werden, in dessen Haushalt das getrennt lebende Mitglied verpflegt wird. (§ 9.) Dem § 12 werden sieben neue Bestimmungen hinzugefügt, die sich auf die Familienfürsorge der Erwerbslosen beziehen. Die Gemeinde hat die Familienfürsorge der verpflegungsberechtigten Erwerbslosen bei einer Krankenkasse in derselben Weise zu übernehmen, wie bei einer Krankenkasse in derselben Weise zu übernehmen, wie bei einer Krankenkasse in derselben Weise zu übernehmen...

führen müßten, Kenntnis zu nehmen, den schweren Schlag mit allen Mitteln abzuwehren und die erforderlichen Unterschriften zu sammeln. Zu der Generalversammlung am 12. Mai sei der Vorstand einzuladen, um Aufklärung über die vorgenannte Neußerung Bernides zu geben. Das Protokoll der letzten Versammlung sei zur Kenntnis der Berliner Mitgliedschaft zu bringen. — Die Ferien- und Gehaltsfrage für die Angestellten der Verwaltungstelle soll innerhalb der Ortsverwaltung geregelt werden. — Kollege Ruch gibt bekannt, daß einzelne Kollektivverträge von den Branchen und auch von Unternehmern gekündigt worden sind. Die Unternehmer haben die für die Erneuerung notwendigen Verhandlungen bis jetzt in die Länge gezogen, sie scheinen ihnen aus dem Wege zu gehen. Wenn sie den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nicht nachkommen, dann müßten die betreffenden Kollegen Stellung nehmen und befristete Lohnforderungen stellen. Wir dürfen uns von dem Verband der Metallindustriellen nicht länger hinhalten lassen. Wenn weiter die Unternehmer sich weigern, die Löhne zu bezahlen, so die Arbeiter wegen des Angestelltenstreiks nicht arbeiten konnten, dann müssen wir Mittel anwenden, die die Erfüllung unserer berechtigten Forderung sichern. Die Versammlung stimmte dieser Auffassung einstimmig zu.

Dresden. In der am 24. April abgehaltenen Generalversammlung erstattete Kollege Reuter den Klassenbericht vom 1. Vierteljahr. Der Bevollmächtigte März gab den Geschäftsbericht, wonach gemaltige Aufgaben im Außen- und im Innendienst zu vollbringen waren. Am Vierteljahresabschluss wurden 53 Angestellte, darunter 27 Auszubildende, beschäftigt. Die Mitgliederzahl stieg von 7508 auf 31 542, darunter sind 9128 weibliche. Die durchschnittliche Beitragsleistung betrug 13,8 Betrag auf den Kopf. Neueintritte geschahen 4896, vom Militär zurück meldeten sich 5642. Lohnbewegungen wurden 35 für 37 Betriebe mit 16 769 Beteiligten durchgeführt. Erfolglos endeten 3 Bewegungen, darunter zwei sogenannte „wilde“ Streiks mit 428 Beteiligten. Außerdem fanden aus wirtschaftlichen Ursachen im Mügeln Bezirk ohne Mitwirkung der Verbandleitung noch einige wilde Streiks statt. Zu diesen Bewegungen kommt der Abschluß der allgemeinen Tarifbewegung, wonach die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen Dresdener Betrieben vertraglich geregelt sind. 42 Lohnbewegungen wurden in das 2. Vierteljahr übernommen. In den nächsten Monaten stehen erste Aufgaben bevor. Unerfreulich sei, daß auch die politische Selbstzerfleischung der Arbeiter auf wirtschaftliches Gebiet übergreift. Während von der U. S. P. unserer Verbandsbestrebungen entgegen gearbeitet wird, entspinnt sich der offene Kampf mit der sozialistischen Gewerkschaft wie auch mit den kommunistischen Mitgliedern, die der Auffassung sind, daß die Gewerkschaftsarbeit durch das Rätesystem abgelöst sei. Es muß festgestellt werden, daß in einzelnen Betrieben des Mügeln Bezirks durch diese verfehlte Taktik vollkommene Anarchie herrscht und die dort Beschäftigten finanziell sehr geschädigt werden, abgesehen davon, daß sie gar nicht in der Lage sind, als Unorganisierte dem Unternehmer machtvoll gegenüberzutreten zu können. Durch Zitate aus Versammlungsreden weist Kollege nach, daß bei einem Teile der Arbeiterschaft eine völlige Begriffsverwechslung Platz gegriffen hat, die eine objektive Beurteilung der Verhältnisse vermissen läßt. Den eben erst der Organisation beigetretenen fehlt die gewerkschaftliche Schulung und Disziplin. Das in Zukunft auf geschicklicher Grundlagede aufzubauende Rätesystem kann nur durch einen guten gewerkschaftlichen Rückhalt die Hoffnungen erfüllen, welche die Arbeiterschaft auf diese setzt. Daher bedarf es der tatkräftigen Unterstützung und Mitarbeit aller alten Gewerkschaftskollegen, um diesen zersetzenden Einflüssen machtvoll entgegenzuarbeiten. Die Ortsverwaltung wird befristet sein, planvoll durch Bildungsarbeit in Mitgliedschaften, durch Vorträge auf volkswirtschaftlichem Gebiete, Kurse über Betriebslehre und Kalkulationswesen, Vorträge über Fragen allgemeiner Natur (Sozialisierung), das Wesen der Arbeit, das Rätesystem aufklärend zu wirken. In der Ausprägung pflichteten verlässliche Redner den Ausführungen bei, während andere der Ansicht waren, daß die Haltung der Verbandleitung an der Unzufriedenheit eines Teiles der Mitgliedschaft nicht schuldlos sei. Alle Redner waren aber darin einig, daß der feste Zusammenhalt der Arbeiterschaft in der Gewerkschaft eine unbedingte Notwendigkeit für die Vertretung der Arbeiterinteressen auf volkswirtschaftlichem Gebiete sei. Darauf wurde Kollege Paul Pawlowitsch aus Nowawes-Neuenhof einstimmig als 2. Bevollmächtigter, die Kollegen Otto Fischer aus Dessau und Hermann Schmidt aus Dresden als Geschäftsführer gewählt.

Rundschau

Ein befristetes Todesurteil. Für das deutsche Volk ist den Abgeordneten der deutschen Regierung am 7. Mai 1919 zu Versailles in Form der von der Entente in 6 Monaten ausgedehnten „Friedensbedingungen“ überreicht worden. Durch und alles, was in letzter Zeit über die Absichten unserer Feinde in der Presse mitgeteilt wurde, an Gräueltaten noch übertraffen. Das deutsche Volk soll erschrocken werden. Statt eines Friedens des Rechts und der Versöhnung, diesen unbedingten Voraussetzungen eines dauernden Völkervertrages, soll uns ein Frieden aufgezungen werden, der nur unauflöslichen Haß und schließlich neues Völkermorden zur Folge haben kann. Man will zu Elend-Lothringen auch das Saarrevier für Frankreich, Teile der westlichen Rheinprovinz für Belgien, das ganze Westpreußen links der Weichsel, Teile von Ostpreußen, Posen, die Schlesener Obererschlesens für Polen annehmen. Deutschlands Kolonien sollen unter englischer Oberhoheit kommen, alle ausländischen Wirtschaftsstädte vernichtet werden. Deutsch-Oesterreich soll getrennt bleiben, Deutschland vom Völkervertrag ausgeschlossen werden. Außer den Wiederherstellungen in Nordfrankreich und Belgien sollen bis 1921 20 Milliarden geleistet werden. Die weiteren Leistungen Deutschlands sollen erst dann festgesetzt werden. Man behält sich also vor, die Schranke endlos zu machen. Alle Schuld ruht sich auf Erden! Schuld ist das was von Schuld die Rede sein kann, nicht sie sich jammern. Zu unseren Vorgesetzten wird sie sich aber ebenfalls richten. Warum wir zunächst ab, wie lange die Freundschaft unter den „alliierten und assoziierten Regierungen“ dauern wird. Da kann es sich überwiegend jammern ändern, trotz der Völkerverhandlungen, „wie sie sie aussähen“. Da kann es wohl möglich sein, daß auch Deutschland Genugtuung für die jetzt zu erhebende Unbill erhalten wird. Es braucht ja nicht gerade eine blutige Genugtuung zu sein. Alles Zusammen kann jetzt nichts nützen. Wir müssen das Unvermeidliche mit Würde tragen. Die deutschen Abgeordneten werden zu nächst Segenswünsche machen. Niemand kann jedoch von ihnen verlangen oder erwarten, daß sie um mildere Friedensbedingungen betteln sollen. Klartext zur Unterbrechung der heimtückischen Kriegs- und Zwangsmaßnahmen. Ein bitteres Urteilst über die im Anstehen befindlichen weiteren Kriegs- und Zwangsmaßnahmen. Während Deutschland seinen Anspruch des Besiegten hat, die Gefangenen rasch in ihre Heimat und zum Teil in volkswirtschaftlich wichtigeren zu arbeiten verwendet. In den Fällen der Gefangenen an sich bitter und schmerzhaft, so müssen die Leiden merklich werden bei dem Gefühl, daß alle zur Heimat zurückkehren können, die in Frankreich waren, und nur den Deutschen die Klüfte verlegt wird. Es ist zu erwarten, daß mit Abschluß des Vortriedens auch diese unsere Feinde der Heimat wiedergehen werden. Vom Kriegs- und Zwangsmaßnahmen der Rückkehrer getroffen. Generations- und Familien- und Jünglinge für die Gefangenen. Auch Vertreter der Gewerkschaften beteiligt sind.

Sonstige Anzeigen

Various small advertisements including: Metallarbeiter gesucht, Jünglinge gegenwärtig, and Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co.